

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Abzug. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: 10 Pf. pro Woche. Einzelnummern 5 Pf. pro Stück. Anzeigenpreise: Die Zeilenpreise sind in der Anzeigenliste angegeben. Anzeigen werden nach Möglichkeit bis zum 10. Uhr durch den Boten übergeben. Anzeigen, die nicht bis zum 10. Uhr durch den Boten übergeben werden, werden als Spätanzeigen behandelt. Anzeigen, die nicht bis zum 10. Uhr durch den Boten übergeben werden, werden als Spätanzeigen behandelt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreise: Die Zeilenpreise sind in der Anzeigenliste angegeben. Anzeigen werden nach Möglichkeit bis zum 10. Uhr durch den Boten übergeben. Anzeigen, die nicht bis zum 10. Uhr durch den Boten übergeben werden, werden als Spätanzeigen behandelt. Anzeigen, die nicht bis zum 10. Uhr durch den Boten übergeben werden, werden als Spätanzeigen behandelt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau.

Nr. 23. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 — Mittwoch den 28. Januar 1925

Die Kölner Zwischennote überreicht. Befremden des Reichskanzlers.

Berlin, 26. Januar.
Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans sowie der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben heute im Auftrag ihrer Regierungen dem Reichskanzler die neue Kollektivnote über die Frage der Abkündigung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Übergabe der Note, dass sie eine Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 6. Januar d. J. darstelle. Er sagte hinzu, dass die alliierten Regierungen beabsichtigten, eine weitere dritte Note auszufertigen, die die deutsche Note so bald als möglich der deutschen Regierung zukommen zu lassen. — Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, dass er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlussfassung des Kabinetts darüber herbeiführen werde. Er sagte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, dass sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angeforderte Material erhalten würde, mit dem die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden solle. Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die alliierten Regierungen der Reichsregierung dieses Material so bald als möglich zugehen lassen wollten, könne aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, dass dem gegenwärtigen Schwerezustand nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

Der Raub des Saargebiets.

Die längst nicht mehr sporadisch, sondern in letzter Zeit ganz systematisch in der Pariser Presse auftretenden Tendenzmeldungen aus dem Saargebiet zeigen ebenso wie die daran geknüpften lächerlichen Kommentare deutlich, wie Frankreich zur Zeit wieder mehr denn je sich bemüht, unter Anwendung aller Mittel die wirtschaftliche Vereinigung des deutschen Saargebietes mit seinem eigenen, derzeit nicht gerade glänzenden, Wirtschaftstempel zu erzwingen. Hat bekanntlich der französische Finanzminister Clemenceau in der jüngsten Sitzung des Völkerbundesrat in Genf erklärt, dass das Saargebiet in aller nächster Zeit eine eigene Francnote erhalten soll. Mit vollem Recht stellte hiergegen die „Saarbrücker Landeszeitung“ fest, wie es sich wieder einmal erweise, dass das Saargebiet dazu bestimmt sei, die wirtschaftlichen und finanziellen Wechselkühle Frankreichs aufzulösen. Im Hinblick auf den völlig unsicheren Wert des geplanten Zahlungsmittels wird von allen wirtschaftlichen wie privaten Kreisen des vergeblichen Saargebietes lauffähig die Wiedereinführung der goldwertigen Reichsmark gefordert. Im kritischen Gegenatz zu den französischen Presseartikeln, die natürlich auch geschickt ins Ausland geleitet werden, steht eine Denkschrift, die soeben dem Völkerbundesrat zugegangen ist und in der eine zusammenfassende Darstellung der Mißbräuche und Mißstände in der französischen Verwaltung des Saargebietes mit erwünschter Deutlichkeit aufgezeigt wird. Dieses vernichtende Ergebnis, das die Bilanz über die unter dem maßgebenden Einfluss des französischen Präsidenten verlaufene fast fünfjährige französische Regierungszeit im Saargebiet darstellt, spricht geradezu der schriftlichen Feststellung Hohn, die seinerzeit Clemenceau bei Abfassung des Saarstatutes machte, dass „keine andere Aufgabe und keine anderen Interessen als die Sorge für das Wohlbefinden der Bevölkerung“ die mit der Verwaltung des Saargebietes betraute Regierungskommission in ihren Entschlüssen und Maßnahmen leiten sollte. Die Art der Zusammensetzung dieser Kommission ließ zunächst eine Vormachtstellung Frankreichs nicht zu. Dennoch gelang es dem dominierenden Einfluss des französischen Mitgliedes, das zugleich Präsident der Regierungskommission ist, vollkommen, eine französische Majorität im Saargebiet durchzusetzen. Hierzu verhalf ihm nicht zuletzt die berückichtigte, am 7. März 1923 erlassene Rotverordnungsung, durch die die Saarbevölkerung so aut wie mundtot gemacht und geschmettert wurde. Aus der erwähnten Denkschrift ist besonders hervorzuheben, dass beispielsweise die französischen Beamten der Saarregierung dem Völkerbunde keinen Treueid geschworen haben, sondern dieser auf dem Verordnungsweg durch den famosen Präsidenten Roux ausdrücklich auf die deutschen Beamten beschränkt worden ist. Hingewiesen soll auch werden auf die Steuerbefreiungen des französischen Bergbaus zum Schaden der Bevölkerung, auf die vertragswidrige Unterbindung der zollfreien deutschen Einfuhr nach dem Saargebiet im Vorjahre, nicht weniger auch auf die von der obersten Polizeiverwaltung geduldeten Einführung minderjähriger Saarbewohner in die französische Fremdenlegion, sowie auf die Zusammenarbeit der Presseabteilung der Regierungskommission mit dem französischen Propagandadienst. — Wir können daher den Forderungen der Denkschrift nur voll und ganz zustimmen, in denen Einschränkung der Machtbefugnisse des französischen Mitgliedes der Regierungskommission auf die Abgaben- und Renteleistungen, ferner Übertragung der Rechtsprechung und der Abteilungen des Innern und Außen auf ein anderes als das französische Mitglied, endlich offizielle Anhörung der gewählten Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Völkerbundesrat als unbedingte Notwendigkeiten für eine fernere reibungslose wirtschaftliche wie politische Entwicklung des Saargebietes gefordert werden.



Zur wirtschaftlichen Vereinigung des deutschen Saargebietes mit Frankreich.

Zwischenaktivismus.

Der erste Akt, der das Schicksal der Kölner Zone behandelte, ist vorbei und hat in einer grellen Dissonanz geendet. Wenn man Worten der Entente trauen könnte, so hätte man glauben sollen, dass Ende Januar der zweite Akt anheben werde, dass nämlich zu diesem Termin endlich der Bericht der Kontrollkommission fertiggestellt werden wird, auf Grund dessen die Nichträumung der Kölner Zone angeblich erfolgte. Doch begnügt man sich statt dessen mit einer Zwischenaktmusik und verschiebt den Termin, an dem jener Bericht herauskommen soll, wo Deutschland überhaupt erst einmal erfahren wird, welche Gründe die Entente aufführt für ihre Nichtausführung des Versailler Vertrages. Zunächst wird verjagt bis Ende Februar, da die Arbeiten der Kontrollkommission noch nicht beendet seien. Offenbar sind noch nicht alle Dörfer Deutschlands darauf untersucht, ob nicht etwa statt des einen Nachwächters aus der Vorkriegszeit irgendwo deren zwei fungieren, was ja eine schwere Bedrohung nicht nur der Entente, sondern auch des Weltfriedens überhaupt wäre. Man gibt sich nicht einmal Mühe mehr, den Schein zu wahren. Die deutsche Note vom 7. Januar, die Protest gegen jene Nichträumung der Kölner Zone und gegen die diesen Vertragsbruch begründenden Mitteilungen der alliierten Mächte enthielt, ist zunächst einmal fast drei Wochen unbeantwortet geblieben. Jetzt rauft man sich in London und Paris zu einer Zwischenantwort auf, und was über diese Zwischenaktmusik nach den bisherigen Meldungen gesagt werden kann, das ist, dass die Gerüchte, die eine moderne Jazzband herbordringt, noch wohlklingendere Harmonien sind gegen das, was in jener Zwischennote angedeutet wird. Zunächst einmal soll sich die Antwort der Botschafterkonferenz auf die deutsche Note einfach auf die Erklärung beschränken, dass die Meinung der Alliierten von der des Reiches — a b w e i c h e. Das uns mitzuteilen, bedarf es wirklich nicht erst einer Note; das wissen wir von ganz allein. Und um uns ferner mitzuteilen, dass die Alliierten eine endgültige Entscheidung nicht eher treffen wollen, als die Militärkontrollkommission ihren Schlussbericht überreicht habe, ist es auch nicht unbedingt notwendig, uns mit einer Note zu befähigen.

Biel interessanter ist aber das, was der politisch immer sehr gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ über den Standpunkt der britischen Regierung sagt. Danach habe sich die Regierung Baldwin vollständig der französischen Anschauung gefügt, wonach die Befestigung der Kölner und selbstverständlich auch der übrigen Zonen sich automatisch so lange ausdehnen, als Deutschland nicht bewiesen habe, dass es die Entwaffnungsbedingungen erfüllt hat. Doch noch mehr als dies: die Beweislast für die Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen ruhe auf — Deutschland.

St der Versailler Vertrag schon eine Ungeheuerlichkeit ist, so wird das, wie man ihn auslegt und was man ihm unterlegt, immer toller. In jedem Prozeß ist es selbstverständlich, dass nicht der Angeklagte seine Unschuld beweist, sondern der Kläger die Schuld des Angeklagten. Vom Standpunkt der Entente aus gesehen und genau so wie es der Versailler Vertrag darstellt, ist Deutschland in den Augen von Paris, London und Brüssel ein Angeklagter. Wir haben alles getan, der Entente die Unternehmung

Preußens Regierungskrise.

Berlin, 26. Januar.
Für die bevorstehende Neubildung der Regierung in Preußen scheint die Stellung, welche das Zentrum einnehmen wird, die ausschlaggebende Bedeutung zu gewinnen. Vorläufig ist zur Lösung noch nicht ein Schritt weiter geschritten. Nachrichten über Beschlüsse des Zentrums in dieser Richtung, die am Sonnabend in einer Sitzung des Reichsvorstandes der Partei zustande gekommen sein sollten, haben sich als unrichtig erwiesen. In der Sitzung beschäftigten sich die Versammelten lediglich mit der Reichspolitik und dem Verhalten der Partei gegenüber dem Kabinett Luther. Der Reichsvorstand stellte sich dabei auf den Standpunkt, den die Reichstagsfraktion in ihrer durch den Abgeordneten Lehrenbach abgegebenen Erklärung eingenommen hat. Die Lage in Preußen wurde nur in privaten Gesprächen gestreift. Dabei soll betont worden sein, man werde an der Koalition in Preußen festhalten. Sollte sich das am Freitag, dem Tage der Wahl des Ministerpräsidenten, bestätigen, so wäre die Möglichkeit nahe, daß der zurückgetretene sozialdemokratische Abgeordnete Braun wiederum gewählt würde. Aber eine solche Wiederwahl gäbe ihm zwar das Amt, schwerlich aber Raum, es auszuführen. Denn einem von ihm gebildeten Kabinett lände die Opposition mindestens der Hälfte der Abgeordneten entgegen, wenn nicht mehr. Es ensiehe für die Regierung also die Aussicht, irgendeine Gesetzesvorlage zur Durchführung zu bringen. Die Krise würde an dem gleichen Fleck wieder beginnen, wo sie scheinbar beendet worden wäre. Zeitweise wurde gesprochen von einer Kandidatur des Zentrums für den Ministerpräsidenten. Man nannte den Vizepräsidenten des Landtages Dr. F o r s c h. Das Kandidaturgericht, so betonte man in Zentrumskreisen, sitze aus verschiedenen Gründen an innerer Unwahrscheinlichkeit und sei nur als reine Kombination zu betrachten. Also vorläufig stand, wenigstens bis heute, nichts Bestimmtes fest.

Zentrum und preussische Regierungsbildung.
Duisburg, 26. Januar. In einer Versammlung der Duisburger Zentrumspartei machte der Landtagsabgeordnete Hermann Schmidt über die vorläufige Haltung des Zentrums folgende Mitteilung: Die Zentrumsfraktion des Landtages ist in ihrer weit überwiegenden Mehrheit der Ansicht, daß ein Bürgerblock in Preußen nicht ratsam sei.